

Autonome Provinz Bozen

Regelung zur Nutzung der IT-Dienste, im Besonderen
von Internet und der elektronischen Post seitens der Äm-
ter der Landesverwaltung und der Schulverwaltung

Inhaltsverzeichnis

ABSATZ I	3
Art. 1 - Begriffsbestimmungen	3
Art. 2 - Zielsetzung	3
Art. 3 - Kompetenzen und Verantwortung	3
Art. 4 - Rechtsinhaber	5
ABSATZ II	5
Art. 5 - Benutzung der Hardware und Software	5
Art. 6 - Anschaffung der Hardware und Software	5
Art. 7 - Berücksichtigung des geistigen Eigentums und der Lizenzen	6
Art. 8 - Nutzung der Software in Privateigentum	6
ABSATZ III	6
Art. 9 - Elektronische Post	6
Art. 10 - Internet	6
ABSATZ IV	7
Art. 11 - Verstöße	7

ABSATZ I

Art. 1 - Begriffsbestimmungen

1. Für die Anwendung der vorliegenden Verordnung versteht man:
 - a) Als **Informationssystem der Autonomen Provinz Bozen (ISAPB)**: “die Gesamtheit der IT-Infrastruktur bestehend aus Netzwerkgeräten, Apparaten, Software, Datenbeständen und alle, aus beliebigem Grund, in digitaler Form gespeicherten IT-Ressourcen, die der Verwaltung zur Verfügung stehen und von dieser genutzt werden“.
 - b) Als **Nutzer**: “Jeder der ISAPB nutzt, sowohl im lokalen Netzwerk innerhalb der Landesverwaltung als auch über einen Remote-Zugang.“

Art. 2 - Zielsetzung

1. Die Computeranlagen, die Programme und sämtliche Funktionen, die die Verwaltung den Benutzern zwecks Nutzung des ISAPB und insbesondere der Dienste des Internets/elektronische Post zur Verfügung stellt, müssen in strikter Einhaltung der Bestimmungen dieser Verordnung verwendet werden, um mögliche steuerrechtliche und finanzielle Schäden sowie Image-Schäden an der Verwaltung fern zu halten.
2. Das von den Bestimmungen vorliegender Regelung betroffene Personal ist angehalten, das Call Center zu kontaktieren, bevor irgendeine Tätigkeit ausgeführt wird, die nicht durch die folgenden Bestimmungen geregelt ist, um dadurch sicherzustellen, dass diese Tätigkeit nicht im Gegensatz zu den von der Verwaltung festgelegten Datensicherheitsstandards steht.

Art. 3 - Kompetenzen und Verantwortung

1. Die Kompetenzen und die Verantwortung des Verwaltungspersonals, welches die ISAPB-Dienste nutzt, sind in den nachfolgenden Absätzen definiert.

2. Die Führungskräfte der verschiedenen Dienste (z.B.: Abteilungsdirektoren, Schuldirektoren, Datenschutzverantwortliche,...) sind verpflichtet:
 - a) das Personal über die Bestimmungen zur Nutzung der Ressourcen des Informationssystems der Landesverwaltung zu informieren;
 - b) zu gewährleisten, dass sich das ihnen zugewiesene Personal den in dieser Verordnung beschriebenen Regelungen und Vorgehensweisen anpasst;
 - c) allen Pflichten nachzukommen, die von den geltenden Bestimmungen, und im Besonderen von den Datenschutzbestimmungen, vorgesehen sind.
3. Der Direktor der Abteilung 9 – Informationstechnik ist verpflichtet zu gewährleisten, dass das ihm zugewiesene Personal mit Programmier- und Systemadministratoren Aufgaben seine Tätigkeiten den in dieser Verordnung beschriebenen Regelungen und Vorgehensweisen anpasst. Dies gilt im Besonderen für die von der Aufsichtsbehörde erlassenen Bestimmungen zum Schutz der persönlichen Daten und für die Vorgaben der Verfügung der Aufsichtsbehörde (Provvedimento del Garante del 27/11/2008) in Bezug auf die Systemadministratoren umgesetzt.
4. Alle Führungskräfte haben sicherzustellen, dass Lieferanten und sonstiges externes Personal den Regelungen und Vorgehensweisen der vorliegenden Verordnung und den geltenden Bestimmungen, im Besonderen den Datenschutzbestimmungen nachkommen.
5. Der von der Abteilung 9 geschaffene Sicherheitsdienst hat folgende Aufgaben:
 - a) Ausarbeitung von Regelungen, die eine angemessen sichere Nutzung der Informatiksysteme und der Informationssysteme von Seiten des Endanwenders garantieren;
 - b) Abfassung der Richtlinien zur Realisierung von Sicherheitsstandards für die Verwaltung des ISAPB;
 - c) Vorbereitung von spezifischem und allgemein verständlichem Informationsmaterial zur Datensicherheit.
6. Das Landespersonal ist verantwortlich für:
 - a) die Einhaltung der Verwaltungsregelungen für die Nutzung des ISAPB;
 - b) die sofortige Meldung jeglicher nicht autorisierter Handlung, von der man Kenntnis erlangt hat;
 - c) jeden Gebrauch der ihm anvertrauten Zugangsdaten (Account, Benutzername, Kennwörter).

Art. 4 - Rechtsinhaber

1. Die Landesverwaltung ist Inhaberin des gesamten ISAPB. Jeder Nutzer muss darüber informiert werden, welche Nutzung von Ressourcen erlaubt und welche verboten ist.

ABSATZ II

Art. 5 - Benutzung der Hardware und Software

1. Ausnahmen ausgenommen, verpflichtet sich der Benutzer, für die eigene Arbeit nur Computer in Landeseigentum zu verwenden. Diese Geräte werden ausschließlich für Arbeitszwecke verwendet; jede andere Verwendung ist ausdrücklich verboten.
2. Der Benutzer ist verpflichtet, die eigenen Benutzerdaten für den Zugang zum ISAPB-System nicht preiszugeben, den Benutzernamen sowie das Kennwort von anderen Nutzern nicht zu verwenden und keine Informationen, die dem Amtsgeheimnis unterliegen, weiterzugeben
3. Auf Anweisung der Abteilung 9 - Informationstechnik verpflichtet sich der Nutzer, spezifische regelmäßige Backups der eigenen Arbeit auf elektronischen Datenträgern und Geräten, die von der Abteilung 9 - Informationstechnik vorgegeben werden, durchzuführen. Es ist nicht erlaubt, zusätzliche Backups auf anderen, als den oben angeführten, Speichergeräten oder Datenträgern, vorzunehmen.

Art. 6 - Anschaffung der Hardware und Software

1. Zur Vorbeugung gegen Viren und gegen andere schädliche Programme und zum Schutz der Integrität des Landesnetzes ist die gesamte benutzte Hard- und Software von der Abteilung 9 – Informationstechnik, falls nicht anders vereinbart, abzunehmen.

Art. 7 - Berücksichtigung des geistigen Eigentums und der Lizenzen

1. Die gesamte genutzte Software muss nach den Vorgehensweisen und den Richtlinien der Behörde erworben und im Namen der Landesverwaltung registriert werden. Jeder Nutzer ist zur Einhaltung der Gesetzesnormen im Rahmen der Wahrung des geistigen Eigentums (Copyright) verpflichtet und darf sämtliche Software, außerhalb der Lizenzbestimmungen, weder installieren, kopieren, noch nutzen.

Art. 8 - Nutzung der Software in Privateigentum

1. Um die Integrität des ISAPB zu schützen, ist es dem Benutzer untersagt, Software im Privateigentum zu benutzen. Dies umfasst auch jene Anwendungen, die rechtmäßig gekauft und registriert worden sind, Shareware- sowie Freeware-Programme, jegliche vom Internet heruntergeladene oder von einer CD/DVD stammende Software, als Beilage von Zeitschriften und Zeitungen, oder sonstige unter jedem beliebigen Titel erworbene Software.

ABSATZ III

Art. 9 - Elektronische Post

1. Die Zuweisung der E-Mail-Accounts schließt die Pflicht zur Nutzung dieses Kommunikationsmittels für die Abwicklung der eigenen Dienstanforderungen ein. Dies schließt mit ein, dass jede Nutzung desselben Mittels, welche nicht den Zielsetzungen der Verwaltung entspricht, verboten ist.
2. Der Nutzer verpflichtet sich keine Client-Systeme für elektronische Post zu nutzen, die nicht den Standards der Landesverwaltung entsprechen;

Art. 10 - Internet

1. Die Nutzer sind verpflichtet, die von der Landesverwaltung zur Verfügung gestellte Internetverbindung einzig und allein zur Ausübung ihrer Dienstpflicht zu verwenden. Daher sind verboten:
 - a) die Nutzung von Internet und das Surfen auf Internetseiten, die nicht ausschließlich den Dienstanforderungen entsprechen. Zu diesem Zweck, können für die IT-Infrastruktur potenziell schädigende Webdienste und/oder Websites, gesperrt werden;
 - b) die Nutzung jeglicher nicht von der Abteilung 9 Informationstechnik genehmigte Mittel der Internetverbindung;
 - c) der Zugang zum Netz von außen mittels jeglichem anderen Remote-Zugang ohne Ermächtigung des Sicherheitsdienstes;
 - d) mögliche Schwachstellen in der Sicherheit der verschiedenen Systemen zu identifizieren oder die Sicherheit des ISAPB in irgendeiner Form zu gefährden, dies schließt das Ausüben jeglicher Tätigkeit mit dem Ziel der Täuschung und der Umgehung der Zugangssysteme und/oder der Sicherheitssysteme mit ein;
 - e) die Speicherung von Dateien auf das Landesnetz, welche nicht dem Dienstgebrauch entsprechen.

ABSATZ IV

Art. 11 - Verstöße

1. Die Landesverwaltung behält sich das Recht vor, angesichts der vom Gesetz vorgesehenen Zielsetzungen und in Anwendung der geltenden Datenschutzbestimmungen, die Durchführung der Bestimmungen dieser Regelung zu überwachen und zu überprüfen.
2. In Fällen eines festgestellten Verstoßes gegen diese Regelung, ist den jeweiligen Führungskräften die Anwendung der erforderlichen Disziplinarmaßnahmen übertragen mit der Verpflichtung etwaige Verstöße, die einen Strafbestand darstellen, der zuständigen Justizbehörde zu melden.